

ih-he 3  
10061

BERICHT  
über die Prüfung  
des Jahresabschlusses  
zum 31. Dezember 2007  
und  
des Lageberichts

**Capital Raising GmbH**

Koogstraat 4, 25870 Norderfriedrichskoog

## INHALTSVERZEICHNIS

<u>Prüfungsbericht</u>	<u>Seite</u>
A. Prüfungsauftrag .....	1
B. Grundsätzliche Feststellungen .....	2
I.    Stellungnahme zur Lagebeurteilung der gesetzlichen Vertreter .....	2
II.   Feststellungen gemäß § 321 Absatz 1 Satz 3 HGB .....	4
III.  Unregelmäßigkeiten und Verstöße gegen sonstige Vorschriften.....	4
C. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung .....	5
D. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung .....	7
I.    Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung .....	7
1.  Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen .....	7
2.  Jahresabschluss .....	8
3.  Lagebericht .....	8
II.   Gesamtaussage des Jahresabschlusses .....	8
1.  Wesentliche Bewertungsgrundlagen und deren Änderungen .....	8
2.  Sachverhaltsgestaltende Maßnahmen .....	9
3.  Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses .....	9
E. Wirtschaftliche Verhältnisse .....	9
I.    Vermögens- und Finanzlage .....	9
1.  Vermögenslage .....	9
2.  Finanzlage .....	13
II.   Ertragslage .....	14
F. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks .....	16

**Anlagen**

**Anlage**

Bilanz zum 31. Dezember 2007 .....	1
Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar 2007 bis 31. Dezember 2007 .....	2
Anhang zum Geschäftsjahr 2007 .....	3
Lagebericht zum Geschäftsjahr 2007 .....	4
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers .....	5
Rechtliche, wirtschaftliche und steuerliche Grundlagen .....	6

Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

## **A. Prüfungsauftrag**

Von der Gesellschafterversammlung der

Capital Raising GmbH, Norderfriedrichskoog  
(im Folgenden kurz „Gesellschaft“ genannt),

wurden wir am 18. Dezember 2007 zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2007 gewählt.

Daraufhin beauftragte uns die Geschäftsführung, den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2007 unter Einbeziehung der Buchführung sowie den Lagebericht für das Geschäftsjahr 2007 gem. § 316 ff. HGB zu prüfen.

Für die Durchführung des Auftrages und unsere Verantwortlichkeit sind, auch im Verhältnis zu Dritten, die beigefügten Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften in der Fassung vom 1. Januar 2002 vereinbart.

Die Haftungshöchstsumme bestimmt sich nach § 234 Absatz 2 HGB.

Über Art und Umfang sowie das Ergebnis unserer Prüfung erstatten wir den vorliegenden Bericht, dem der geprüfte Jahresabschluss, bestehend aus

Anlage 1	Bilanz
Anlage 2	Gewinn- und Verlustrechnung
Anlage 3	Anhang,

sowie als

Anlage 4	der Lagebericht
----------	-----------------

in Abschrift beigefügt sind.

Auftragsgemäß haben wir die Darstellung der rechtlichen, wirtschaftlichen und steuerlichen Grundlagen ergänzend in den Prüfungsbericht (Anlage 6) aufgenommen.

Dieser Prüfungsbericht wurde nach den Grundsätzen des IDW-Prüfungsstandards 450 erstellt.

## **B. Grundsätzliche Feststellungen**

### **I. Stellungnahme zur Lagebeurteilung der gesetzlichen Vertreter**

Gemäß § 321 Absatz 1 Satz 2 HGB nehmen wir als Abschlussprüfer mit den anschließenden Ausführungen vorweg zur Beurteilung der Lage des Unternehmens im Jahresabschluss und Lagebericht durch die gesetzlichen Vertreter Stellung. Dabei gehen wir insbesondere auf die Beurteilung des Fortbestands und der zukünftigen Entwicklung des Unternehmens unter Berücksichtigung des Lageberichts ein.

Folgende positive oder negative Entwicklungen des Unternehmens betreffende Angaben der gesetzlichen Vertreter in Jahresabschluss und Lagebericht sind für die Berichtsadressaten zur Beurteilung der Lage des Unternehmens als wesentlich hervorzuheben:

1. Positive Entwicklung der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage
2. Nachteilige Auswirkungen der existenzbedrohenden Krise der IKB AG
3. Keine Risiken der künftigen Entwicklung
4. Positive Entwicklung in den Folgejahren

Zu 1.

#### **Positive Entwicklung der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage**

Im Geschäftsjahr 2007 wurden die Transaktionen im Zusammenhang mit den Auszahlungen an die Inhaber der Teilschuldverschreibungen vertragskonform abgewickelt. Das Ergebnis des Geschäftsjahres hat sich gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig verändert. Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war im abgelaufenen Geschäftsjahr jederzeit gegeben. Das positive Jahresergebnis trug zur weiteren Stärkung des Eigenkapitals bei.

Die Vermögenslage ist geordnet. Das langfristige Vermögen ist durch das Eigenkapital und durch langfristige Fremdmittel vollständig finanziert.

Zu 2.

Nachteilige Auswirkungen der existenzbedrohenden Krise der IKB AG

Die existenzbedrohende Krise der IKB Deutsche Industriebank AG hat nachteilige Auswirkungen auf die künftige Geschäftsentwicklung der Gesellschaft. Gemäß der Ad-hoc-Mitteilung vom 20. März 2008 erwartet der Vorstand der IKB im HGB-Einzelabschluss der IKB einen Bilanzverlust nach Verlustverrechnung der Genussrechte und stillen Einlagen in der Größenordnung von 1,2 Mrd. EUR. Hieraus ergeben sich zukünftig Auswirkungen sowohl auf die Erträge aus der stillen Einlage als auch auf die Verzinsung der Teilschuldverschreibungen. Die Bedienung der Besserungsabreden in Höhe von 1.050 Mio. EUR sowie von Wertaufholungsrechten der hybriden Kapitalgeber führt nach Auffassung des Vorstands der IKB dazu, dass mehrere Geschäftsjahre keine oder nur geringe Überschüsse im Konzern und in der IKB ausgewiesen werden. Dieser Sachverhalt beeinflusst unmittelbar den Ertrag aus dem Teilgewinnabführungsvertrag negativ. Dies hat aufgrund des Geschäftsmodells ebenfalls nachteilige Auswirkungen auf die Verzinsung der Teilschuldverschreibungen der Gesellschaft.

Zu 3.

Keine Risiken der künftigen Entwicklung

Risiken für die künftige Entwicklung bestehen aufgrund des Geschäftsmodells gemäß den Ausführungen im Lagebericht nicht. Veränderungen bei den steuerlichen Rahmenbedingungen führen vertragsgemäß zu einer Anpassung der Gewinnbeteiligung aus der stillen Gesellschaft. Kann die Gesellschaft aufgrund geringerer Beteiligungserträge die Verzinsung der Teilschuldverschreibungen nicht oder nicht in voller Höhe erbringen, so reduzieren sich entsprechend die Zinszahlungen auf die Teilschuldverschreibungen. Eine Nachzahlungsverpflichtung auf entfallene Zinszahlungen besteht nicht.

Zu 4.

Positive Entwicklung in den Folgejahren

Die Geschäftsführung rechnet auch in den nächsten beiden Geschäftsjahren mit einem Jahresüberschuss auf dem Niveau des Geschäftsjahres 2007 bei unterstellten stabilen Zinsverhältnissen. Aufgrund des Geschäftsmodells sind die Überschüsse der Gesellschaft aber im Wesentlichen auf die Zinserträge begrenzt.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt und die voraussichtliche Entwicklung sowie die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend darstellt.

## **II. Feststellungen gemäß § 321 Absatz 1 Satz 3 HGB**

Wir haben bei unserer Abschlussprüfung keine berichtspflichtigen Tatsachen nach § 321 Absatz 1 Satz 3 HGB festgestellt, welche den Bestand des geprüften Unternehmens gefährden können.

## **III. Unregelmäßigkeiten und Verstöße gegen sonstige Vorschriften**

Als Abschlussprüfer haben wir gemäß § 321 Absatz 1 Satz 3 HGB auch darüber zu berichten, ob bei Durchführung unserer Abschlussprüfung Unrichtigkeiten oder Verstöße gegen gesetzliche Vorschriften sowie Tatsachen festgestellt wurden, die schwerwiegende Verstöße der gesetzlichen Vertreter oder von Arbeitnehmern gegen Gesetz oder Gesellschaftsvertrag darstellen.

### Vorschriften zur Rechnungslegung

Gesetzliche Vorschriften im Sinne des § 321 Abs. 1 Satz 3 HGB sind die für die Aufstellung des Jahresabschlusses oder Lageberichtes geltenden Rechnungslegungsnormen im Sinne des § 317 Abs. 1 Satz 2 HGB. Hierzu gehören die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung, Ansatz-, Ausweis- und Bewertungsvorschriften für den Jahresabschluss sowie Angabe- und Erläuterungspflichten im Anhang und Vorschriften zur Erstellung des Lageberichts sowie ggf. einschlägige Normen des Gesellschaftsvertrages.

Bei Durchführung unserer Prüfung haben wir keine berichtspflichtigen Unrichtigkeiten oder Verstöße gegen diese Vorschriften zur Rechnungslegung festgestellt.

### Sonstige gesetzliche und gesellschaftsrechtliche Regelungen

Verstöße der gesetzlichen Vertreter gegen Gesetz oder Gesellschaftsvertrag umfassen Täuschungen, Vermögensschädigungen und Verstöße gegen solche gesetzlichen Vorschriften, die sich nicht auf die Rechnungslegung beziehen.

Bei der Durchführung der Prüfung haben wir keine solchen berichtspflichtigen Sachverhalte festgestellt.

### **C. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung**

Gegenstand unserer Prüfung waren die Buchführung, der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2007 und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2007. Diese haben wir daraufhin geprüft, ob die gesetzlichen Vorschriften zur Rechnungslegung beachtet worden sind. Den Lagebericht haben wir zusätzlich daraufhin geprüft, ob er mit dem Jahresabschluss und den bei unserer Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht und insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt.

Die Beurteilung der Angemessenheit des Versicherungsschutzes, insbesondere ob alle Wagnisse bedacht und ausreichend versichert sind, war nicht Gegenstand des uns erteilten Auftrages zur Jahresabschlussprüfung.

Wir haben unsere Prüfung im Monat März 2008 in unserem Hause durchgeführt. Als Prüfungsunterlagen dienten uns die Bücher und Belege, Verträge, Urkunden und anderes Schriftgut der Gesellschaft. Ferner stützten wir uns auf die Auskünfte der Geschäftsführung und der von ihr benannten Auskunftspersonen.

Die Verantwortung für den Jahresabschluss, den Lagebericht und die uns gemachten Angaben trägt die Geschäftsführung der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, diese Unterlagen und Angaben im Rahmen unserer pflichtgemäßen Prüfung zu beurteilen.

Ausgangspunkt unserer Prüfung war der von uns geprüfte und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss der Gesellschaft zum 31. Dezember 2006.

Bei **Durchführung der Prüfung** haben wir die Vorschriften des § 317 HGB und die vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung beachtet. Danach haben wir unsere Prüfung problemorientiert – jedoch ohne spezielle Ausrichtung auf eine Unterschlagungsprüfung – so angelegt, dass wir Unrichtigkeiten und Verstöße gegen die gesetzlichen Vorschriften, die sich auf die Darstellung des den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkennen.

Wir haben unser **Prüfungsvorgehen** nach den Ergebnissen einer Untersuchung des internen Kontrollsystems der abschluss- und rechnungslegungsrelevanten Bereiche bestimmt. Soweit wir aufgrund der Wirksamkeit der bei der Gesellschaft vorhandenen Kontrollen – unter Einschluss bestehender Überwachungs-, Anwendungs- und Computerkontrollen – von der Richtigkeit des zu überprüfenden Zahlenmaterials ausgehen konnten, haben wir die Untersuchung von Einzelvorgängen weitgehend eingeschränkt.



Soweit wir Einzelfallprüfungen für erforderlich hielten, haben wir diese durch analytische Prüfungshandlungen (Plausibilitätsbeurteilungen) oder durch stichprobenartige Überprüfung von Geschäftsvorfällen (Belegprüfung) vorgenommen.

Aufgrund unserer Einschätzung des Unternehmensrisikos und der Voraufnahme des internen Kontrollsystems wurden folgende Prüfungsfelder schwerpunktmäßig geprüft:

- Bewertung des Anlagevermögens
- Höhe des Aufwandserstattungsanspruches gegenüber der IKB AG
- Vollständigkeit des Anhangs

Zur **Prüfung des Nachweises der Vermögens- und Schuldposten** der Gesellschaft haben wir sämtliche Bankauszüge geprüft. Kreditorensalden haben wir durch Belegeinsicht geprüft.

Von der Geschäftsführung sind uns alle verlangten **Aufklärungen und Nachweise** erbracht worden.

Die Geschäftsführung hat uns in der berufsüblichen Vollständigkeitserklärung schriftlich bestätigt, dass in der Buchführung und im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2007 alle bilanzierungspflichtigen Vermögenswerte, Verpflichtungen, Wagnisse und Abgrenzungen berücksichtigt, sämtliche Aufwendungen und Erträge enthalten sowie alle erforderlichen Angaben gemacht worden sind. Die Geschäftsführung hat hierin ferner erklärt, dass der Lagebericht auch hinsichtlich erwarteter Entwicklungen alle für die Beurteilung der Lage der Gesellschaft wesentlichen Gesichtspunkte sowie die nach § 289 HGB erforderlichen Angaben enthält.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres haben sich dahin gehend ereignet, dass gemäß Ad-hoc-Mitteilung vom 20. März 2008 der Vorstand der IKB im HGB-Einzelabschluss der IKB einen Bilanzverlust von 1,2 Mrd. Euro erwartet. Dieser Bilanzverlust wirkt sich unmittelbar auf die künftigen Erträge und Zinsaufwendungen der Gesellschaft aus. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf die Ausführungen im Lagebericht der Gesellschaft.

Weitere Vorgänge haben sich nach dieser Erklärung nicht ergeben und sind uns bei unserer Prüfung auch nicht bekannt geworden.

## **D. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung**

### **I. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung**

Nachfolgend stellen wir gemäß § 321 Absatz 2 Satz 1 HGB dar, dass die Buchführung und die weiteren geprüften Unterlagen, der Jahresabschluss sowie der Lagebericht den gesetzlichen Vorschriften entsprechen.

Unsere Prüfung nach § 321 Absatz 2 Satz 2 HGB hat ergeben, dass der Abschluss insgesamt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Kapitalgesellschaft vermittelt.

Gemäß § 321 Absatz 2 Satz 3 HGB gliedern wir die Posten des Jahresabschlusses auf und erläutern diese ausreichend, soweit dadurch die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich verbessert wird und diese Angaben nicht im Anhang enthalten sind.

#### **1. Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen**

Die Bücher der Gesellschaft sind ordnungsgemäß geführt. Die Belegfunktion ist erfüllt. Die Buchführung und die weiteren geprüften Unterlagen entsprechen nach unseren Feststellungen den gesetzlichen Vorschriften.

Die Aufzeichnungen der Geschäftsvorfälle der Gesellschaft sind nach unseren Feststellungen vollständig, fortlaufend und zeitgerecht. Der Kontenplan ermöglicht eine klare und übersichtliche Ordnung des Buchungsstoffes mit einer für die Belange der Gesellschaft ausreichenden Gliederungstiefe.

Soweit im Rahmen unserer Prüfung Buchungsbelege eingesehen wurden, enthalten diese alle zur ordnungsgemäßen Dokumentation erforderlichen Angaben. Die Belegablage ist chronologisch geordnet, so dass der Zugriff auf die Belege unmittelbar anhand der Angaben in den Konten möglich ist. Die Buchführung entspricht somit für das gesamte Geschäftsjahr den gesetzlichen Anforderungen.

## **2. Jahresabschluss**

Der uns zur Prüfung vorgelegte Jahresabschluss ist ordnungsmäßig aus den Büchern und den weiteren geprüften Unterlagen der Gesellschaft entwickelt worden. Die Eröffnungsbilanzwerte wurden ordnungsgemäß aus dem Vorjahresabschluss übernommen. Die gesetzlichen Vorschriften zu Ansatz, Ausweis und Bewertung sind beachtet worden. Der Stetigkeitsgrundsatz des § 252 Absatz 1 Nr. 6 HGB, der sich sowohl auf die Ausübung von Bewertungsmethoden als auch auf die Inanspruchnahme von Ausweiswahlrechten bezieht, wurde beachtet.

Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung sind nach den handelsrechtlichen Vorschriften über die Rechnungslegung von Gesellschaften mit beschränkter Haftung einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung aufgestellt.

Der Anhang enthält alle gesetzlich geforderten Angaben.

## **3. Lagebericht**

Der Lagebericht entspricht den gesetzlichen Vorschriften. Er steht im Einklang mit dem Jahresabschluss sowie mit den von uns bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen und vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. Unsere Prüfung hat zu dem Ergebnis geführt, dass im Lagebericht die wesentlichen Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dargestellt sind und dass die Angaben nach § 289 Absatz 2 HGB vollständig und zutreffend sind.

## **II. Gesamtaussage des Jahresabschlusses**

### **1. Wesentliche Bewertungsgrundlagen und deren Änderungen**

Das Finanzanlagevermögen wurde zu Anschaffungskosten bewertet. Aufgrund der Emissionsbedingungen der Teilschuldverschreibungen besteht ein innerer kompensatorischer Zusammenhang zwischen der stillen Gesellschaftereinlage bei der IKB und den Teilschuldverschreibungen. Der Kern dieses Zusammenhangs basiert darauf, dass kein Anspruch auf Verzinsung oder Rückzahlung der Teilschuldverschreibung entsteht, wenn die Gesellschaft ihrerseits keine Erträge aus der stillen Einlage erzielt bzw. die Einlage nicht zurückgezahlt werden kann.

Dieser Sachverhalt führt dazu, dass von dem Grundrecht der Einzelbewertung abgewichen wird und die stille Einlage sowie die Teilschuldverschreibung als Bewertungseinheit behandelt werden. Daher waren Abschreibungen wegen Wertminderung der stillen Einlage nicht erforderlich.

Die sonstigen Vermögensgegenstände wurden zum Nennwert bilanziert.

Die sonstigen Rückstellungen wurden in Höhe der voraussichtlichen Inanspruchnahme gebildet. Das Vorsichtsprinzip wurde beachtet.

Verbindlichkeiten wurden mit dem Rückzahlungsbetrag ausgewiesen.

Änderungen der Bewertungsmethoden im Vergleich zum Vorjahr erfolgten nicht.

## **2. Sachverhaltsgestaltende Maßnahmen**

Sachverhaltsgestaltende Maßnahmen mit wesentlicher Auswirkung auf den Jahresabschluss haben wir nicht festgestellt.

## **3. Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses**

In Gesamtwürdigung der zuvor beschriebenen Bewertungsgrundlagen sind wir der Überzeugung, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.

## **E. Wirtschaftliche Verhältnisse**

### **I. Vermögens- und Finanzlage**

#### **1. Vermögenslage**

Im Folgenden stellen wir die Vermögens- und Kapitalstruktur der Gesellschaft zu den Bilanzstichtagen des Berichtsjahres und des Vorjahres gegenüber.

Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden unter den langfristigen Fremdmitteln ausgewiesen.

**mercurius gmbh**

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

- 10 -

	31.12.2007		31.12.2006		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
<b>VERMÖGEN</b>						
Finanzanlagen =						
<b>Langfristig gebundenes Vermögen</b>	<b>200.000</b>	<b>97,7</b>	<b>200.000</b>	<b>97,7</b>	<b>0</b>	<b>0,0</b>
Sonstige Vermögensgegenstände	4.160	2,0	4.505	2,2	-345	-7,7
Flüssige Mittel	550	0,3	218	0,1	332	152,3
Rechnungsabgrenzung	3	0,0	4	0,0	-1	—
<b>Kurzfristig gebundenes Vermögen</b>	<b>4.713</b>	<b>2,3</b>	<b>4.727</b>	<b>2,3</b>	<b>-14</b>	<b>-0,3</b>
<b>AKTIVA</b>	<b>204.713</b>	<b>100,0</b>	<b>204.727</b>	<b>100,0</b>	<b>-14</b>	<b>0,0</b>
<b>KAPITAL</b>						
Stammkapital	25	0,0	25	0,0	0	0,0
Kapitalrücklage	57	0,0	57	0,0	0	0,0
Verlustvortrag	-40	0,0	-46	0,0	6	-13,0
Jahresüberschuss	20	0,0	6	0,0	14	—
<b>Eigenkapital</b>	<b>62</b>	<b>0,0</b>	<b>42</b>	<b>0,0</b>	<b>20</b>	<b>47,6</b>
Teilschuldverschreibungen (> 1 Jahr) =						
<b>Langfristige Fremdmittel</b>	<b>200.000</b>	<b>97,7</b>	<b>200.000</b>	<b>97,7</b>	<b>0</b>	<b>0,0</b>
Rückstellungen	14	0,0	11	0,0	3	27,3
Sonstige Verbindlichkeiten (< 1 Jahr)	4.637	2,3	4.663	2,3	-26	-0,6
Rechnungsabgrenzung	0	0,0	11	0,0	-11	-100,0
<b>Kurzfristige Fremdmittel</b>	<b>4.651</b>	<b>2,3</b>	<b>4.685</b>	<b>2,3</b>	<b>-34</b>	<b>-0,7</b>
<b>PASSIVA</b>	<b>204.713</b>	<b>100,0</b>	<b>204.727</b>	<b>100,0</b>	<b>-14</b>	<b>0,0</b>

Der Rückgang der Bilanzsumme resultiert bei den **AKTIVA** aus den reduzierten sonstigen Vermögensgegenständen.

Unter den Finanzanlagen wird die typisch stille Beteiligung am Handelsgewerbe der IKB Deutsche Industriebank Aktiengesellschaft, Düsseldorf, (IKB) ausgewiesen. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf unsere Ausführungen zu den rechtlichen Verhältnissen der Gesellschaft (Anlage 6).

Die sonstigen Vermögensgegenstände betreffen Forderungen aus Steuererstattungsansprüchen. Die Steuererstattungsansprüche resultieren aus der einbehaltenen Kapitalertragsteuer und dem einbehaltenen Solidaritätszuschlag auf die Gewinnausschüttung der stillen Beteiligung, die die Steuerschuld der Gesellschaft bei weitem übersteigen.

Hinsichtlich der Entwicklung der flüssigen Mittel verweisen wir auf unsere Ausführungen zur Finanzlage der Gesellschaft.

Bei den **PASSIVA** ist der Rückgang der Bilanzsumme auf die geringeren sonstigen Verbindlichkeiten und dem Wegfall des passiven Rechnungsabgrenzungspostens zurückzuführen.

Unter den langfristigen Fremdmitteln werden die von der Gesellschaft emittierten Teilschuldverschreibungen ausgewiesen, die zur Finanzierung der stillen Gesellschaftereinlage am Kapitalmarkt platziert wurden. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf unsere Ausführungen zu den rechtlichen Verhältnissen der Gesellschaft (Anlage 6).

Die Rückstellungen betreffen im Wesentlichen Rückstellungen für Abschluss-, Prüfungs- und Steuerberatungskosten.

Die sonstigen Verbindlichkeiten beinhalten hauptsächlich die Verbindlichkeiten gegenüber der IKB aus der Vorfinanzierung der Steuererstattungsansprüche in Höhe von 4.161 TEUR sowie der Zwischenfinanzierung zur Abwicklung des laufenden Geschäftsverkehrs in Höhe von 469 TEUR.

Das langfristige Vermögen ist durch langfristig zur Verfügung stehendes Kapital gedeckt. Die Überdeckung beträgt 62 TEUR bzw. 0,03 %. Die Vermögenslage ist geordnet.

Forderungen und Verbindlichkeiten

**Die Fälligkeiten der Forderungen gibt der folgende Forderungsspiegel wieder:**

Art der Forderung zum 31. Dezember 2007	Gesamt- betrag TEUR	davon mit einer Restlaufzeit	
		kleiner 1 Jahr TEUR	größer 1 Jahr TEUR
Sonstige Vermögens- gegenstände	4.160	4.160	0
Gesamtbetrag	4.160	4.160	0

**Die Fälligkeiten der Verbindlichkeiten gibt der folgende Verbindlichkeitspiegel wieder:**

Art der Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2007	Gesamt- betrag TEUR	davon mit einer Restlaufzeit		
		bis 1 Jahr TEUR	2 bis 5 Jahre TEUR	größer 5 Jahre TEUR
Teilschuldverschreibungen	200.000	0	0	200.000
Sonstige Verbindlichkeiten	4.637	4.637	0	0
Gesamtbetrag	204.637	4.637	0	200.000

## 2. Finanzlage

Zur Entwicklung der Finanzlage fügen wir im Anschluss die Kapitalflussrechnung nach den Grundsätzen des Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 2 (DRS 2) bei:

	2007	2006
	<u>TEUR</u>	<u>TEUR</u>
Jahresüberschuss	20	6
+/- Zu-/Abnahme Rückstellungen	3	0
-/+ Zu-/Abnahme Umlaufvermögen (außer liquide Mittel)	346	11.519
+/- Zu-/Abnahme der Verbindlichkeiten (außer Bankverbindlichkeiten)	<u>-37</u>	<u>-11.430</u>
<b>Mittelzufluss/-abfluss aus laufender Geschäftstätigkeit</b>	<b><u>332</u></b>	<b><u>95</u></b>
<b>Mittelzufluss/-abfluss aus der Investitionstätigkeit</b>	<b><u>0</u></b>	<b><u>0</u></b>
<b>Mittelzufluss/-abfluss aus der Finanzierungstätigkeit</b>	<b><u>0</u></b>	<b><u>0</u></b>
<b>Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelbestandes</b>	<b>332</b>	<b>95</b>
+ Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	<u>218</u>	<u>123</u>
<b>Finanzmittelbestand am Ende der Periode</b>	<b><u>550</u></b>	<b><u>218</u></b>

Der Finanzmittelbestand setzt sich aus Guthaben bei Kreditinstituten zusammen. Die Erhöhung des Finanzmittelbestandes ist im Ergebnis aus Mittelzuflüssen aus der laufenden Geschäftstätigkeit zurückzuführen.

Die Zahlungsbereitschaft der Gesellschaft war im Berichtsjahr jederzeit gegeben.



**II. Ertragslage**

Die Ertragslage und die darin gegenüber dem Vorjahr eingetretenen Veränderungen werden durch eine Gegenüberstellung der Zahlen der Gewinn- und Verlustrechnung des Berichtsjahres und des Vorjahres in absoluten und Prozentzahlen dargestellt.

	2007		2006		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Beteiligungsergebnis	15.754	98,8	3.884	45,3	11.870	305,6
Sonstige betriebliche Erträge	186	1,2	4.699	54,7	-4.513	-96,0
Betriebliche Erträge	15.940	100,0	8.583	100,0	7.357	85,7
-----						
Raumkosten	8	0,1	8	0,1	0	0,0
Beiträge und Abgaben	14	0,1	15	0,2	-1	-6,7
Allgemeine Verwaltungskosten	117	0,7	118	1,4	-1	-0,8
Rechts- und Beratungskosten	30	0,2	14	0,2	16	114,3
Abschluss- und Prüfungskosten	11	0,1	10	0,1	1	10,0
Übrige Kosten	6	0,0	2	0,0	4	200,0
Betriebliche Aufwendungen	186	1,2	167	2,0	19	11,4
-----						
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>15.754</b>	<b>98,8</b>	<b>8.416</b>	<b>98,0</b>	<b>7.338</b>	<b>87,2</b>
Finanzergebnis	-14.983	-94,0	-8.009	-93,3	-6.974	87,1
<b>Ordentliches Unternehmensergebnis</b>	<b>771</b>	<b>4,8</b>	<b>407</b>	<b>4,7</b>	<b>364</b>	<b>89,4</b>
Steuern vom Einkommen und Ertrag	751	4,7	401	4,7	350	87,3
<b>Jahresergebnis</b>	<b>20</b>	<b>0,1</b>	<b>6</b>	<b>0,0</b>	<b>14</b>	<b>233,3</b>

Das Beteiligungsergebnis beinhaltet die Gewinnbeteiligung der stillen Gesellschaft an der IKB für den Zeitraum vom 1. April 2006 bis 31. März 2007. Aufgrund der geänderten Bilanzierung erfolgte eine erfolgswirksame Abgrenzung der Ansprüche für den Zeitraum vom 1. April bis 31. Dezember 2006 ab dem Geschäftsjahr 2006 nicht mehr.

Die sonstigen betrieblichen Erträge weisen den Ausgleich der IKB für den Aufwendungsersatz für die Abwicklungen der laufenden Geschäftstätigkeit aus. Der Aufwendungsersatz deckt die gesamten jährlichen betrieblichen Aufwendungen der Gesellschaft und korrespondiert demzufolge mit den betrieblichen Aufwendungen.

Die betrieblichen Aufwendungen betreffen im Wesentlichen allgemeine Verwaltungskosten. Diese setzen sich hauptsächlich aus den Kosten für Büroservice (103 TEUR) und für die Geschäftsführung (14 TEUR) zusammen.

Unter dem Finanzergebnis werden die Zinsaufwendungen für die Teilschuldverschreibungen in Höhe von 15.000 TEUR sowie Zinserträge aus Festgeldanlagen in Höhe von 17 TEUR ausgewiesen. Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr resultiert aus der Nichtberücksichtigung der Zinsabgrenzung für den Zeitraum vom 15. Juli bis 31. Dezember 2006 aufgrund der geänderten Bilanzierung im Vorjahr.

## **F. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks**

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung haben wir am 31. März 2008 in Lübeck den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

„ Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Capital Raising GmbH, Norderfriedrichskoog, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2007 bis 31. Dezember 2007 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

mercurius gmbh  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Hafke  
Wirtschaftsprüfer“

Lübeck, den 31. März 2008

mercurius gmbh  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Hafke  
Wirtschaftsprüfer

**mercurius gmbh**

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

---

# **Anlagen**

## Capital Raising GmbH, Norderfriedrichskoog

## BILANZ

zum 31. Dezember 2007

## AKTIVA

## PASSIVA

	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR		EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
<b>A. Anlagevermögen</b>			<b>A. Eigenkapital</b>			
<b>I. Finanzanlagen</b>			<b>I. Gezeichnetes Kapital</b>	25.000,00		25
Stille Beteiligung	200.000.000,00	200.000	<b>II. Kapitalrücklagen</b>	57.000,00		57
			<b>III. Verlustvortrag</b>	40.221,70		46
<b>B. Umlaufvermögen</b>			<b>IV. Jahresüberschuss</b>	<u>19.870,99</u>	61.649,29	(42)
<b>I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</b>						
Sonstige Vermögensgegenstände	4.160.579,05	4.505	<b>B. Rückstellungen</b>			
<b>II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten</b>	549.751,88	218	1. Steuerrückstellungen	990,00		0
			2. Sonstige Rückstellungen	<u>13.840,00</u>	14.830,00	(11)
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	2.988,80	4				
			<b>C. Verbindlichkeiten</b>			
			1. Teilschuldverschreibungen	200.000.000,00		200.000
			2. Sonstige Verbindlichkeiten	4.636.840,44		4.663
			(davon mit einer Restlaufzeit			
			bis zu einem Jahr 4.636.840,44 EUR;			
			im Vorjahr: 4.663.163,72 EUR)			
					<u>204.636.840,44</u>	(204.663)
			<b>D. Rechnungsabgrenzungsposten</b>		0,00	11
	<u>204.713.319,73</u>	<u>204.727</u>			<u>204.713.319,73</u>	<u>204.727</u>

**Capital Raising GmbH, Norderfriedrichskoog**

**GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG**

für die Zeit vom 1. Januar 2007 bis 31. Dezember 2007

	<u>EUR</u>	Vorjahr <u>TEUR</u>
1. Sonstige betriebliche Erträge	186.322,26	4.699
2. Sonstige betriebliche Aufwendungen	<u>186.322,26</u>	<u>167</u>
	0,00	4.532
3. Erträge aus Teilgewinnabführungsvertrag	15.753.712,00	3.884
4. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	17.588,41	4
5. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	<u>15.000.000,00</u>	<u>8.014</u>
6. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	771.300,41	407
7. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	751.429,42	401
8. Sonstige Steuern	<u>0,00</u>	<u>0</u>
9. Jahresüberschuss	<u><u>19.870,99</u></u>	<u><u>6</u></u>

## Capital Raising GmbH, Norderfriedrichskoog

### ANHANG zum Geschäftsjahr 2007

#### **I. Allgemeine Angaben**

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2007 ist nach den Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuches und des GmbH-Gesetzes aufgestellt. Die Gesellschaft stellt gemäß § 267 Absatz 3 Satz 2 HGB ihren Jahresabschluss nach den Kriterien für große Kapitalgesellschaften auf.

Angaben, die wahlweise in der Bilanz gemacht werden können, sind i.d.R. im Anhang aufgeführt.

Die Gesellschaft gliedert ihre Gewinn- und Verlustrechnung nach dem Gesamtkostenverfahren.

#### **II. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden**

Das Finanzanlagevermögen wurde zu Anschaffungskosten bewertet. Aufgrund der Emissionsbedingungen der Teilschuldverschreibungen besteht ein innerer kompensatorischer Zusammenhang zwischen der stillen Gesellschaftereinlage bei der IKB und den Teilschuldverschreibungen. Der Kern dieses Zusammenhangs basiert darauf, dass kein Anspruch auf Verzinsung oder Rückzahlung der Teilschuldverschreibung entsteht, wenn die Gesellschaft ihrerseits keine Erträge aus der stillen Einlage erzielt bzw. die Einlage nicht zurückgezahlt werden kann.

Dieser Sachverhalt führt dazu, dass von dem Grundrecht der Einzelbewertung abgewichen wird und die stille Einlage sowie die Teilschuldverschreibung als Bewertungseinheit behandelt werden. Daher waren Abschreibungen wegen Wertminderung der stillen Einlage nicht erforderlich.

Gründe für eine Abwertung auf einen niedrigeren beizulegenden Wert der Finanzanlagen lagen nicht vor.

Die sonstigen Vermögensgegenstände sind zum Nominalwert angesetzt. Abschreibungen zum niedrigeren beizulegenden Wert sind nicht erforderlich.

Die Guthaben bei Kreditinstituten sind zum Nennwert angesetzt.

Die sonstigen Rückstellungen sind nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung gebildet und berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewisse Verbindlichkeiten.

Die Verbindlichkeiten sind zu ihrem Rückzahlungsbetrag passiviert.

### III. Erläuterung zur Bilanz

Die Aufgliederung und Entwicklung des Anlagevermögens ist dem als Anlage beigefügten Anlagespiegel zu entnehmen.

Die Sonstigen Vermögensgegenstände enthalten ein Körperschaftsteuerguthaben für das Jahr 2007 in Höhe von 4.161 TEUR.

Die Sonstigen Rückstellungen beinhalten Prüfungskosten von 10 TEUR sowie die Kosten für Steuerberatung und Kosten für die Veröffentlichung des Jahresabschlusses von 4 TEUR.

#### Verbindlichkeiten

Zu den Restlaufzeiten:	bis zu 1 Jahr TEUR	2 bis 5 Jahre TEUR	über 5 Jahre TEUR
Teilschuldverschreibungen	0	0	200.000
Sonstige Verbindlichkeiten	4.637	0	0

Die Sonstigen Verbindlichkeiten enthalten die Verbindlichkeiten aus dem Forderungskaufvertrag der IKB-Bank hinsichtlich der Körperschaftsteuererstattung in Höhe von 4.161 TEUR, die Verbindlichkeiten aus der Aufwendungsersatzvereinbarung der IKB-Bank in Höhe von 469 TEUR und sonstige Verbindlichkeiten von 7 TEUR.



#### **IV. Erläuterung zur Gewinn- und Verlustrechnung**

Die Erträge aus Teilgewinnabführungsvertrag wiesen im Vorjahr aufgrund der fehlenden Abgrenzung für den Zeitraum 1. April bis 31. Dezember 2006 nur  $\frac{1}{4}$  des Jahresbetrages aus. Hintergrund ist die geänderte Bilanzierung der Abgrenzung der Gewinnansprüche aus der stillen Beteiligung.

Die Zinsen und ähnlichen Aufwendungen enthielten im Vorjahr nur den Zinsaufwand für die Teilschuldverschreibungen für den Zeitraum vom 1. Januar bis 14. Juli 2006. Eine Abgrenzung für den Zeitraum vom 15. Juli bis 31. Dezember 2006 wurde aufgrund des aufschiebend bedingten Charakters der Zinsverpflichtung nicht vorgenommen.

#### **V. Sonstige Angaben**

##### Gesetzliche Vertreter

Geschäftsführer waren im Geschäftsjahr 2007:

Frau Margret Dircks - Kauffrau  
Herr Dr. Hans-Joachim Winter - Rechtsanwalt

Die Vergütung an die Geschäftsführung betrug 14 TEUR.

##### Abschlussprüferhonorar

Das als Aufwand erfasste Honorar des Abschlussprüfers für die Abschlussprüfung beträgt 10 TEUR. Andere Leistungen wurden nicht in Anspruch genommen.

Norderfriedrichskoog, den 30. März 2008

---

Margret Dircks

---

Dr. Hans-Joachim Winter



## Entwicklung des Anlagevermögens - Anlagenspiegel zum 31. Dezember 2007

	Anschaffungs-, Herstellungs- kosten 01.01.2007 EUR	kumulierte Abschreibungen 31.12.2007 EUR	Buchwert 31.12.2007 EUR	Abschreibungen Geschäftsjahr 2007 EUR	Buchwert 31.12.2006 EUR
<b>I. Finanzanlagen</b>					
Stille Beteiligung	200.000.000,00	0,00	200.000.000,00	0,00	200.000.000,00

## Capital Raising GmbH, Norderfriedrichskoog

### LAGEBERICHT zum Geschäftsjahr 2007

#### 1. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die Gesellschaft wurde errichtet, um sich als stiller Gesellschafter mit einer Einlage von 200.000 TEUR an einem Kreditinstitut im Sinne von § 1 KWG zu beteiligen und das hierzu erforderliche Kapital durch Ausgabe von Teilschuldverschreibungen in gleicher Höhe am Kapitalmarkt aufzunehmen. Durch die Höhe der Gewinnbeteiligung aus dem stillen Gesellschaftsverhältnis von zur Zeit 7,876856 % p.a. wird die Gesellschaft in die Lageversetzt, die Zinsen auf die ausgegebenen Teilschuldverschreibungen von 7,5 % p.a. sowie die Ertragssteuern insbesondere die Gewerbesteuer zahlen zu können. Ferner werden der Gesellschaft alle notwendigen Kosten zur Unterhaltung des erforderlichen Geschäftsbetriebs in voller Höhe ersetzt. Im Ergebnis verbleiben in der Gesellschaft im Wesentlichen die Erträge aus der Verzinsung der liquiden Mittel.

Nach Erbringung der stillen Gesellschaftereinlage und Platzierung der Teilschuldverschreibung am Kapitalmarkt besteht die Geschäftstätigkeit in der Abwicklung der Geschäftsvorfälle im Zusammenhang mit dem Erhalt der Gewinnbeteiligung aus der stillen Beteiligung sowie der Ausreichung der Zinszahlung an die Inhaber der Schuldverschreibung. Technisch erfolgt die Abwicklung über einen Treuhänder.

Gemäß dem geänderten Jahresabschluss und Lagebericht der IKB Deutsche Industriebank AG 2006/2007 vom 15. Februar 2008 sah sich die IKB Deutsche Industriebank AG (IKB) am 27. Juli 2007 einer existenzbedrohenden Krise ausgesetzt. Ursächlich hierfür waren die Entwicklungen auf dem US-amerikanischen Hypothekenmarkt im Subprime-Bereich. Durch ein gemeinsam von der KfW-Bankengruppe und drei Verbänden des deutschen Kreditgewerbes (BdB, BVR, DSGV) geschnürtes Rettungspaket konnte die Existenz der IKB gesichert werden.

Diese Krise hat unmittelbare Auswirkungen auf zukünftige Ausschüttungen der IKB auf die stille Gesellschaftereinlage sowie die Verzinsungen der Teilschuldverschreibungen der Gesellschaft.

## **2. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage**

### **2.1 Ertragslage**

Im Geschäftsjahr 2007 wurde ein Jahresüberschuss von 19,9 TEUR erwirtschaftet. Ursächlich für den höheren Ertrag waren die höheren Zinserträge aus Termingeldgeschäften.

### **2.2 Finanzlage**

Die Zahlungsbereitschaft der Gesellschaft war zu jeder Zeit gegeben. Die Transaktionen im Zusammenhang mit der Auszahlung der Zinsen an die Inhaber der Teilschuldverschreibungen wurden über den eingeschalteten Treuhänder termingerecht abgewickelt.

### **2.3 Vermögenslage**

Aufgrund des Jahresüberschusses hat sich das Eigenkapital der Gesellschaft um 19,9 TEUR erhöht und beträgt zum 31. Dezember 2007 61,6 TEUR. Das langfristige Vermögen ist durch langfristig zur Verfügung stehendes Kapital in voller Höhe gedeckt.

## **3. Nachtragsbericht**

Gemäß Ad-hoc-Mitteilung vom 20. März 2008 hat der Vorstand der IKB aufgrund erwarteter höherer Bewertungsverluste bei Portfolioinvestments und der weiteren Unterstützungsmaßnahmen seine Ergebnisprognose angepasst. Demzufolge wird im HGB-Einzelabschluss der IKB für das Geschäftsjahr 2007/2008 ein Bilanzverlust (nach Verlustverrechnung der Genussrechte und der stillen Einlagen) in der Größenordnung von 1,2 Mrd. EUR erwartet.

Die Bedienung der Besserungsabreden in Höhe von 1.050 Mio. EUR sowie von Wertaufholungsrechten der hybriden Kapitalgeber führt nach Auffassung des Vorstands der IKB dazu, dass mehrere Geschäftsjahre keine oder nur geringe Überschüsse im Konzern und in der IKB ausgewiesen werden. Dieser Sachverhalt beeinflusst unmittelbar den Ertrag aus dem Teilgewinnabführungsvertrag negativ. Dies hat aufgrund des Geschäftsmodells ebenfalls nachteilige Auswirkungen auf die Verzinsung der Teilschuldverschreibungen der Gesellschaft.

Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung haben sich nach dem 31. Dezember 2007 nicht ereignet.

#### 4. Risiko- und Prognosebericht

Die Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung bestehen aufgrund des Geschäftsmodells in der Entwicklung der Verzinsung der Kontokorrent- und Festgeldkonten. Daher erwarten wir für die nächsten beiden Geschäftsjahre bei einem nahezu unveränderten Zinsniveau ein Jahresergebnis auf ungefähr gleicher Höhe wie im abgelaufenen Geschäftsjahr 2007. Werden geringere oder keine Erträge aus der stillen Beteiligung erzielt, reduzieren sich entsprechend auch die Zinszahlungen auf die Teilschuldverschreibungen. Der Umfang der nachteiligen Auswirkungen auf die Verzinsung der Teilschuldverschreibung gemäß der Ad-hoc-Mitteilung vom 20. März 2008 kann zum heutigen Zeitpunkt nicht bestimmt werden. Eine Nachzahlungsverpflichtung der Gesellschaft für entfallende Zinszahlungen besteht nicht. Bei Veränderungen der steuerlichen Rahmenbedingungen können Anpassungen bei der Gewinnbeteiligung vorgenommen werden.

Norderfriedrichskoog, den 30. März 2008

---

Margret Dircks

---

Dr. Hans-Joachim Winter

### **Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers**

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Capital Raising GmbH, Norderfriedrichskoog, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2007 bis 31. Dezember 2007 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Lübeck, den 31. März 2008

mercurius gmbh  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Hafke  
Wirtschaftsprüfer

## Rechtliche, wirtschaftliche und steuerliche Grundlagen

### A. Rechtliche Verhältnisse

#### 1. Gesellschaftsrechtliche Verhältnisse

Firma:	Capital Raising GmbH
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Sitz:	Norderfriedrichskoog
Anschrift:	Koogstraat 4, 25870 Norderfriedrichskoog
Gründung und Gesellschaftsvertrag:	Die Gesellschaft wurde mit Gesellschaftsvertrag vom 13. Dezember 2001 (Firma BIBO VIERTE Vermögensgesellschaft mbH) gegründet. Mit Beschluss vom 8. Juli 2002 wurde die Firmierung in Capital Raising GmbH geändert.
Eintragung in das Handelsregister:	Die Gesellschaft ist im Handelsregister beim Amtsgericht Husum unter der Nr. HRB 1810 eingetragen.  Die Eintragung erfolgte am 8. Oktober 2002.
Gegenstand des Unternehmens:	Gegenstand des Unternehmens ist es, sich als stiller Gesellschafter an einem Kreditinstitut im Sinne von § 1 KWG zu beteiligen und hierzu Kapital durch Ausgabe von Schuldverschreibungen aufzunehmen. Die Gesellschaft ist darüber hinaus berechtigt, sämtliche Hilfsgeschäfte zu betreiben, die den Gegenstandswert fördern.



Geschäftsjahr:	Geschäftsjahr der Gesellschaft ist das Kalenderjahr.
Dauer der Gesellschaft:	Die Gesellschaft ist auf unbestimmte Zeit errichtet.
Stammkapital:	<p>Das gezeichnete Kapital beträgt 25.000,00 Euro.</p> <p>Der Geschäftsanteil wird als Trustee des Capital Raising Charitable Trust von der Deutsche International Corporate Services Limited (DICSL) gehalten.</p> <p>Das Kapital ist voll eingezahlt.</p>
Geschäftsführung und Vertretung:	<p>Die Geschäftsführung der Gesellschaft wird in § 6 des Gesellschaftsvertrages geregelt.</p> <p>Vertretungsberechtigte Geschäftsführer der Gesellschaft sind Frau Margret Dircks und Herr Dr. Hans-Joachim Winter. Sie sind von den Beschränkungen des § 181 BGB insoweit befreit, als dass die Geschäftsführer berechtigt werden können, mit sich als Vertreter eines Dritten Rechtsgeschäfte mit der Gesellschaft abzuschließen.</p> <p>Die Geschäftsführer vertreten die Gesellschaft gemeinsam.</p>
Größenklassen:	Die Gesellschaft ist zwar eine kleine Kapitalgesellschaft im Sinne des § 267 Absatz 2 HGB, gilt aber gemäß § 267 Absatz 3 Satz 2 HGB als große Kapitalgesellschaft.

## **B. Wirtschaftliche Verhältnisse**

### **1. Grundlage**

Die Gesellschaft hat sich als stiller Gesellschafter am Handelsgewerbe der IKB Deutsche Industriebank Aktiengesellschaft, Düsseldorf (IKB), mit einer Einlage von 200.000 TEUR beteiligt. Die Refinanzierung erfolgte durch die Ausgabe von Schuldverschreibungen in gleicher Höhe über den Kapitalmarkt.

Für die stille Einlage erhält die Gesellschaft eine jährliche Gewinnbeteiligung in Höhe von 7,876856 %. Der Zinssatz auf die Schuldverschreibungen beträgt 7,5 % p.a.

### **2. Wichtige Verträge**

#### **a) Vertrag über die Errichtung einer stillen Gesellschaft (Beteiligungsvertrag)**

Gemäß Vertrag über die Errichtung einer stillen Gesellschaft vom 9./10. Dezember 2002 in Verbindung mit der Bestätigungserklärung vom gleichen Tage hat sich die Gesellschaft am Handelsgewerbe der IKB mit einer Einlage von 200.000 TEUR als typisch stille Gesellschafterin beteiligt. Die Einlage wurde am 19. Dezember 2002 geleistet.

Die Gewinnbeteiligung erfolgt gemäß § 2 Absatz 2 des o.g. Vertrages in Verbindung mit der Bestätigungserklärung in Höhe von 7,50125 % p.a. Diese ist grundsätzlich nur zahlbar, wenn und soweit dadurch kein Bilanzverlust entsteht oder sich erhöht. Im Falle eines Verlustes wird die Gesellschaft am Ergebnis im Verhältnis des Buchwertes der stillen Einlage zum Gesamtbuchwert des haftenden Eigenkapitals der IKB beteiligt.

Die Gesellschaft kann eine Erhöhung der prozentualen Gewinnbeteiligung verlangen, wenn und soweit sich aufgrund einer Änderung der steuerlichen Verhältnisse bei ihr die Kosten der Refinanzierung erhöhen oder sich zusätzliche Belastungen ergeben. Aufgrund der Änderung des Gewerbesteuergesetzes ab dem 1. Januar 2004 beträgt der Hebesatz 200 % in Norderfriedrichskoog. Die prozentuale Gewinnbeteiligung wurde daraufhin gem. § 2 Absatz 3 des Vertrages über eine stille Beteiligung von 7,50125 % um 0,375606 % auf 7,876856 % angehoben.

Der Entwurf des Vertrages über die Errichtung der stillen Gesellschaft wurde von der PwC Deutsche Revision AG, Frankfurt am Main, Zweigniederlassung Düsseldorf (PwC), geprüft. Die PwC kommt in dem Bericht über die Prüfung eines Unternehmensvertrages nach § 293b AktG vom 18. Juli 2002 zu dem Ergebnis, dass die stille Gesellschaft im Wesentlichen auf die Gewinnbeteiligung für das zur Verfügung gestellte Kapital abstellt. Bestimmungen über Ausgleich und Abfindung seien in solchen Verträgen nicht zu treffen, soweit sie nicht Elemente eines Beherrschungsvertrages enthielten. Dies sei nach dem Inhalt des Vertrages nicht der Fall.

Unter Berücksichtigung der Regelung, dass die Bank grundsätzlich nicht verpflichtet ist, Kapital- oder Gewinnrücklagen aufzulösen, um die Gewinnbeteiligung der stillen Gesellschafterin zu bedienen, und unter der Berücksichtigung der Verlustbeteiligung der stillen Gesellschafterin und der grundsätzlichen Unkündbarkeit durch den Vertragspartner, hält die PwC die Vereinbarungen zum Gewinnanteil nach den Verhältnissen im Prüfungszeitpunkt für angemessen.

**b) Aufwendungsersatzvereinbarung**

Zur Deckung der ausschließlich mit dem Geschäftsbetrieb der stillen Gesellschafterin zusammenhängenden laufenden und zur Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebs notwendigen Aufwendungen wurde zwischen der Gesellschaft und der IKB am 9./10. Dezember 2002 eine Aufwendungsersatzvereinbarung getroffen. Hiernach erhält die Gesellschaft sämtliche notwendigen Aufwendungen erstattet, die insbesondere jedoch nicht abschließend in der Anlage 2 zur o.g. Vereinbarung aufgeführt sind.

**c) Teilschuldverschreibungen**

Die Refinanzierung der stillen Beteiligung erfolgt über die Ausgabe von 2.000.000 auf den Inhaber lautenden Teilschuldverschreibungen zu je 100 EUR (ISIN DE 0007490724). Die Konsortialführer waren die BNP PARIBAS und die Deutsche Bank AG, Frankfurt/Main, handelnd durch ihre Londoner Filiale, Deutsche Bank AG, London. Die Anleihe ist sowohl in Frankfurt (amtlicher Handel) als auch bei der Euronext Amsterdam N.V. notiert.

Der Vertrag (paying agency agreement relating to the 200.000.000 EUR perpetual fixed rate capital notes 2002) mit den Konsortialbanken der IKB und der Gesellschaft wurde am 17. Dezember 2002 geschlossen.

An jedem Fälligkeitstag wird die Gesellschaft aus der jährlichen Gewinnbeteiligung und dem Kaufpreisbetrag aus dem Forderungskaufvertrag, die die Deutsche Bank Luxembourg S.A. (Treuhänderin), Luxembourg, als Treuhänderin für Rechnung der Gesellschaft aufgrund des unter d) beschriebenen Treuhandvertrages vom 17. Dezember 2002 erhält, Zinsen auf die Teilschuldverschreibungen an die Investoren in Höhe von 7,5 % p.a. des Anlagebetrages zahlen, soweit sich die Zinszahlung nicht aufgrund einer niedrigeren Gewinnbeteiligung entsprechend vermindert. Der Zinssatz entspricht der Gewinnbeteiligung der Gesellschaft vermindert um eine Marge in Höhe von 0,00125 % p.a. des Einlagenbetrags, die die Gesellschaft als eigene Einkünfte erhält, sofern und soweit die jährliche Gewinnbeteiligung zusammen mit dem Kaufpreis für den Steuererstattungsanspruch die an die Investoren zu zahlenden Zinsen übersteigt, sowie weiterhin vermindert um einen Betrag von 0,375606 % p.a. des Einlagenbetrags. Bei dem zuletzt genannten Betrag handelt es sich um einen (auf die fünfte Dezimalstelle aufgerundeten) Betrag für Gewerbesteuer und darauf zu entrichtende Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag, die die Gesellschaft auf die Zinszahlungen zu entrichten hat. Die Gesellschaft ist nicht verpflichtet, entfallene Zinszahlungen nachzuholen.

Die Teilschuldverschreibungen haben kein festes Rückzahlungsdatum. Die Rückzahlung der Teilschuldverschreibungen erfolgt bei Rückzahlung der stillen Beteiligung in Höhe der von der IKB zurückgezahlten stillen Einlage. Die Rückzahlung der stillen Beteiligung ist ausgeschlossen, solange die stille Einlage durch eine vorherige Verlustbeteiligung gemindert und nicht wieder aufgefüllt ist.

#### **d) Treuhandvertrag**

Nach Maßgabe des am 17. Dezember 2002 geschlossenen Treuhandvertrages zwischen der Gesellschaft, der IKB und der Treuhänderin Deutsche Bank Luxembourg S.A., Luxembourg, zu Gunsten der Inhaber der Teilschuldverschreibungen hat die Gesellschaft alle bestehenden und künftigen Gewinnbeteiligungsansprüche, Verspätungszinsansprüche, Zahlungsansprüche und Beendigungsansprüche gegen die IKB zur Sicherung der Ansprüche der Investoren an die Treuhänderin abgetreten. Werden am jeweiligen Fälligkeitstag die auf die jeweiligen abgetretenen Ansprüche zu leistenden Zahlungen nicht erbracht, so wird die Treuhänderin diese Ansprüche unverzüglich gegenüber der IKB geltend machen. Sie ist berechtigt, gerichtliche und außergerichtliche Verfahren und Prozesse zu führen, die der Sicherung der Investoren dienen.

**e) Forderungskaufvertrag**

Bei der Ausschüttung der Gewinnbeteiligung an die Gesellschaft oder einer Auffüllung der stillen Einlage nach Herabsetzung ihres Buchwerts behält die IKB gemäß § 43 Absatz 1 Nr. 3 EStG Kapitalertragsteuer zuzüglich Solidaritätszuschlag auf die ausgeschütteten Beträge bzw. den Betrag der Wiederauffüllung ein, falls die Finanzverwaltung für Zahlungen an die Gesellschaft keine Befreiung erteilt hat. Der Einbehalt wird als Vorauszahlung auf die von der Emittentin geschuldete Körperschaftsteuer angerechnet. In der Höhe, in der die Vorauszahlung die tatsächliche Körperschaftsteuerschuld der Gesellschaft übersteigt, steht der Gesellschaft jeweils ein Steuererstattungsanspruch gegen die Finanzbehörden zu. Nach Maßgabe des Forderungskaufvertrages vom 9./10. Dezember 2002 zwischen der Gesellschaft und der IKB verkauft und tritt die Gesellschaft ihre Steuererstattungsansprüche gegen die Finanzbehörden an die IKB ab. Als Gegenleistung stehen der Gesellschaft Zahlungsansprüche gegen die IKB in Höhe der von dieser einbehaltenen und abgeführten Steuerabzugsbeträge zu, die jeweils zum Zeitpunkt der Ausschüttung der jährlichen Gewinnbeteiligung und in Höhe des jeweiligen Einbehalts zur Zahlung fällig werden. Die Gewinnbeteiligung nach Einbehalt der Kapitalertragsteuer entspricht zusammen mit dem Kaufpreis für den Steuererstattungsanspruch dem Bruttobetrag der Gewinnbeteiligung.

**C. Steuerliche Verhältnisse**

Die Gesellschaft wird unter der Steuernummer 15/294/02610 beim Finanzamt Flensburg geführt.

Das Unternehmen unterliegt aufgrund seiner Rechtsform und Tätigkeit der Körperschaft- und Gewerbesteuer.

Die letzten Veranlagungen betreffen den Zeitraum 2006. Die Bescheide ergingen unter dem Vorbehalt der Nachprüfung gem. § 164 AO. Rechtsbehelfsverfahren liegen nicht vor.